

Die „Volksmacht“ erscheint täglich Nachmittags am Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Wapenstraße 5/6 durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 1872. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postgebühren 1/2 Kr. 7248.

# Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Infektionsgefahr! Beträge für die einpässige Zeitungs- oder deren Namen 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Zeitungen 10 Pfennige. Inspecen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 33.

Sonntag, den 8. Februar 1896.

7. Jahrgang.

## Flottenerweiterung — Weltpolitik.

Die spießbürgerliche Dummstirnigkeit kennzeichnende Vorsichtsmaßregel, dem Hurdy den Schwanz stückweise abzuschneiden, damit die Operation dem armen Thierchen nicht gar zu wehe thut, soll auch die Ausführung der vor Kurzem erst im deutschen Reiches üppig ins Kraut geschossenen Flottenbaupläne erleichtern.

Unser Breslauer Großcapitalistenorgan hat sich neulichst veranlaßt gesehen, diese so vorzüglich berührte Praxis als in Flottenerweiterungsangelegenheiten äußerst nutzbringend ohne alle Verhüllung warm zu empfahlen.

„In den Kreisen des beschränkten Philisterrthums, meint man, wagt, dämmere heut eine Ahnung von der Weltstellung, welche das neuerschaffene deutsche Reich nicht nur beanspruchen dürfe, sondern in seinem eigensten Interesse beanspruchen müsse. In Folge dessen trete an die Stelle des „oben Käsonnens“ über die zu diesem Zweck unerlässlichen Opfer allgemach die mehr oder weniger überzeugte „Ergebung in das notwendige Uebel.“

Es gelte nun, diese zwar langsame, aber „unverkennbare Wandlung in der Stimmung der Nation“ nach Möglichkeit zu fördern; beileibe solle man aber nicht durch eine allzu stürmische und übertreibende Behandlung der Weltpolitiksaufgaben die erspriehliche Entwicklung unterbrechen und „den fast ganz verstummen Widerstreb einer kraftvollen Förderung unserer überseeischen Interessen neue Handhaben geben.“

Ebenso wenig, wie bezweifelt werden kann, daß für Deutschland eine vielleicht sehr beträchtliche Flottenerweiterung notwendig sei, könne in der That auch bestritten werden, daß das deutsche Volk zur Stärkung seiner nationalen Wehrkraft eine große Anleihe für die Bervollständigung der Marine aufzubringen sehr wohl im Stande sei. Aber zuvörderst handle es sich doch darum, daß die gegenwärtigen Forderungen des Marineetat vom Reichstage bewilligt werden. Darauf mußten sich also zur Zeit alle Bemühungen concentriren.

In verschiedenen Artikeln, so besonders in ihrem Leitartikel vom 28. Januar, wie in einem größeren Aufsatz in ihrer Politischen Uebersicht vom 29. Januar mahnt die „Schles. Ztg.“ zu solch planvoller Vorsicht im Betreiben der Flottenerweiterungspläne. An letztgenannter Stelle macht sie auf ein aus Friedrichshagen stammendes Entresilet aufmerksam, welches nach demselben Ziele strebt und daran erinnert, daß verderblich nur mehr gepanzerte Kreuzer gebraucht werden. Aber... „eins nach dem andern qui trop embrasse, mal étireint.“ \*)

Da das deutsche Reich „in allen fünf Erdtheilen und Meeren“ steht, wie unsere Großcapitalisten-Organ behaupten, schwerwiegende wirtschaftliche und politische Interessen zu vertreten hat, so würde selbstverständlich sehr viel Geld aus den Taschen des Volkes herausgelockt werden müssen, um die nöthige Anzahl gepanzelter Kreuzer herstellen zu können.

\*) Französisches Sprichwort, wörtlich: Wer zu viel umfaßt, kann es schlecht zusammenpressen; so viel als: Wer zu viel unternimmt, bringt nichts zu Stande; auch ähnlich unserer deutschen: Wozu scharf macht schartig.

Im erwähnten Leitartikel spricht selbst die in solchen Volkshörungsangelegenheiten so planmäßig und vorsichtig operirende „Schles. Ztg.“ von riesigen Summen. Gleichzeitig wendet sie sich gegen alle Versuche, die besitzenden Klassen mit den in Aussicht stehenden Mehrausgaben für die Marine zu incommodiren. „Man hat die jedem großen Unternehmen vorangehende gefährliche Furcht vor „neuen Steuern“ dadurch zu verschleichen gesucht, daß man kurzweg den Gewinn der Convertirung (Umwandlung) der vierprocentigen Consols (Staatsanleihen) für die Verzinsung der Marineanleihe zur Verfügung stellte. Kerger hätte man das Unternehmen kaum discreditiren können. Wie hat man s. Z. in der Wahlbewegung von 1893 mit vollem Recht gespoitelt über den Gedanken, die Kosten der Herzerreform durch eine besondere Besteuerung der Einkommen über 6000 Mark aufzubringen! Aber er war ganz unvergleichlich rationaler (!) als die Idee, die Bedürfnisse der Marine durch die Befreiung der vierprocentigen Consols bestreiten zu lassen.“

Diese wenigen Zeilen beantworten klipp und klar die Frage nach der patriotischen Aufopferungswilligkeit der Befürworter der vierprocentigen Consols und der übrigen Gläubiger, die Einkommen über 6000 M. versteuern. Dieselbe Antwort läßt sich auch noch kürzer in die Worte fassen: Laßt uns nur ja ungeschoren! Zum Teufel, das Geld muß von der Masse herausgeschlagen werden.

Da nun die „Schlesische Zeitung“ die Chorführerin fast aller nationalliberaler und conservativer Blätter von Schlesien und Posen sammt dem zahllosen Gefolge von Kreisen- und Amtsblättern ist; da ferner der Alte im Sachsenwalde seinem Beruf als oberster Anwalt des Großgrundbesitzthums und Großcapitalismus ebenso unermüdet als energisch obliegt und nicht nur in Hamburg, sondern am Rhein, in München, in Berlin und anderen Orten jeder Zeit Zeitungen zur Verfügung hat, die seine kostbaren Gedanken in die Welt hinauszutragen sich beeifern; da endlich noch eine Anzahl anderer großer und kleiner Großcapitalisten-Organe in ganz Deutschland in das soeben angeführte Flottenerweiterungs-Concert bei passender oder unpassender Gelegenheit einfallen werden, so kann sich das deutsche Volk — trotz der von der „Schles. Zeitung“ gepredigten Vorsicht, oder gerade wegen derselben! — auch auf Attacken auf seinen Geldbeutel gefaßt machen, wie sie schlimmer und vor Allem härtnächtiger noch niemals erlebt worden sind.

## Politische Rundschau.

Berlin, 7. Februar.

Aus dem Reichstage. Die Herren Agrarier nahmen dem Reichstage wieder einmal einen vollen Sitzungstag. Die Erörterung ihrer Anträge und Interpellationen drängt sich auch in dieser Session ungeheuerlich in den Vordergrund. Das wird besonders deutlich, wenn man dagegen die Zeit hält, die die Volksvertretung den Interessen der Arbeiterklasse widmet. Heute handelte es sich um ihre Anfrage, ob die Regierung nicht die gemischten Privattransitlager aufheben wolle. Privattransitlager sind Anstalten, in denen das ausländische Getreide mit einem Zollcredit von fünf Jahren lagern darf. Geht das Getreide wieder ins Aus-

land, so bleibt es zollfrei, wird es ins Inland verhandelt, so ist der Zoll nachzuzahlen. Hierin sehen die Agrarier eine ungerechtfertigte Begünstigung des ausländischen Getreides, dem so das Eindringen auf den inländischen Markt erleichtert wird. Befiehlt doch die Utopie, der sie nachjagen, wie Herr Professor Paasche, der national-liberale Kanitz, es heute aussprach, darin, daß sie den deutschen Getreidemarkt loslösen möchten vom Weltgetreidemarkt, damit sie auf dem durch Zollmauern unwallten oder durch staatliche Monopole abgeschlossenen inländischen Markt den Conjuntemter ungehindert durch die Concurrenz des Weltmarktes das Fell über die Ohren ziehen und den berühmten „natürlichen“ Preis des Getreides erzielen könnten. Diese Utopie kann die Regierung unmöglich mitmachen, die Interessen des industriellen und des Handelskapitals fallen zu sehr dagegen in die Waagschale; sonst aber sucht sie den Agrariern auf allen Wegen entgegenzukommen. So auch hier. Graf Posadowsky erklärte, daß die Regierung bereits Erhebungen angestellt und ermittelt hätte, daß in der That eine Anzahl Privattransitlager Getreide nach dem Auslande überhaupt nicht exportirten, sondern den Zollcredit nur benutzten, um ausländisches Getreide bei günstiger Conjunction auf den inneren Markt zu werfen. Die Transitlager in den Seestädten und in bestimmten Binnenstädten seien aber für den Getreidehandel unentbehrlich. Deshalb werde der Reichskanzler die Aufhebung der ersten beim Bundesrath beantragen, die zweiten aber möglichst bestehen bleiben. Das Entgegenkommen der Regierung wurde durch den Ton noch verstärkt, in dem der Schatzsecretär sprach. Sammelreich war seine Rede für die Junker, und ausdrücklich versicherte er, daß die Regierung keinen Schritt thun würde, ohne die landwirtschaftlichen Interessenten zu hören. Man vergleiche damit das Verhalten der Regierung zu den Forderungen der Arbeiterklasse. Herr von Bloch war freilich noch nicht zufriedengestellt. Dieser nimmermüde Agrarier hätte wieder einmal eine lange Rede zu Gunsten des Antrages Kanitz und der Doppelwährung zum Fenster hinaus gehalten, wenn ihn der Präsident nicht unterbrochen hätte. Im Uebrigen wurde die Debatte nur zwischen den Agrariern, conservativen, ultramontanen und nationalliberalen Parteioberbann auf der einen und den ergrauten Freihändlern Rickert und Meyer auf der anderen Seite geführt; unsere Genossen betheiligten sich nicht daran.

Das Abgeordnetenhause erlebte am Freitag die Verathung des landwirtschaftlichen Etats. Die Junker scheinen ihre Klagen vorläufig eingestellt zu haben, wenigstens wurde über den Rothplan der Landwirtschaft im Osten nicht mehr geklagt. Hauptächlich kamen Klagen über die Noth in den armen Getreideregionen des Westens zum Ausdruck. Die hierauf folgende Verathung des Etats der Güterverwaltung ist für unsere Leser belanglos, da diese Einrichtung nur ganz bestimmte Kreise interessiert. Die Verathung des Domänen-Etats benutzte Herr von Kardorff, um den Landwirtschaftsminister um Austunft zu ersuchen, wie es sich mit der Währungsfrage verhalte. Die Absicht des streitlustigen Herrn v. Kardorff, eine Währungsdebatte heraufzubeschwören, ging jedoch nicht in Erfüllung, da der Minister erwiderte, Fürst Hohenlohe werde morgen oder in den nächsten Tagen im Reichstage eine Erklärung darüber abgeben. Am Sonntagabend wird die zweite Staatsberathung fortgesetzt.

## Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Nachdruck verboten.

Dabei machten sie komische Bewegungen mit ihren Schnuten, schoben rasch und plötzlich heran und sahen wie kleine Ungeheuer aus. Auf dem Goldsand des Bodens hob sich ihr brennendes Roth bald wie Flammen in dem durchsichtigen Wasser ab, bald wiesen sie den blauen Streifen, der sich auf ihren Schuppen hinzog.

Georges und Susanne sahen ihre eigenen Gesichter im Wasserpiegel und lächelten ihre Bilder an.

Plötzlich sagte er mit leiser Stimme: „Das ist aber nicht hübsch von Ihnen, Susanne, daß Sie vor mir Geheimnisse haben.“

„Geheimnisse?“ fragte sie.

„Wissen Sie denn nicht mehr, was Sie mir hier an dieser Stelle eines Abends versprochen haben?“

„Nein.“

„Mich immer um Rath zu fragen, wenn jemand um Ihre Hand bittet.“

„Nun?“

„Nun! Jemand hat um Ihre Hand gebeten!“

„Wer denn?“

„Sie wissen es ja selbst.“

„Nein, wahrhaftig nicht.“

„Und doch wissen Sie's! Der lange Ged, der Marquis von Cayolle.“

„Zunächst ist er gar kein Ged.“

„Möglich: aber er ist beschränkt, hat sich durch Spiel ruinirt, und ist ein ganz abgelebter Mensch. Er paßt wirklich vorzüglich zu Ihrer Jugendfrische, Ihrer Klugheit und Ihrem hübschen Gesicht.“

„Was haben Sie denn gegen ihn?“ fragte sie lächelnd.

„Ich? Nichts!“

„Doch! So schlimm ist er nicht, wie Sie ihn mir schildern.“

„Gehen Sie doch. Er ist ein Dummkopf und Intrigant.“

Sie wendete sich ein wenig ab und sah in's Wasser.

„Haben Sie wirklich nichts gegen ihn?“

Er erwiderte, als wenn er ein Geheimniß aus der Tiefe seines Herzens holte:

„Ja... ich bin... ich bin eifersüchtig auf ihn.“

Sie verwunderte sich nur mäßig: „Sie?“

„Ja, ich!“

„Und warum denn?“

„Weil ich Sie liebe, Sie wissen es ja, Sie Böse!“

„Sie sind verrückt, Bel-Ami!“ erwidert sie streng.

„Ich weiß, ich bin verrückt,“ fuhr er fort. „Dürfte ich, ein verheiratheter Mann, Ihnen, dem jungen Mädchen, solch ein Geständniß machen. Ich bin mehr als verrückt, ich bin ein schuldiger, fast ein schlechter Mensch. Jede Hoffnung ist aussichtslos, und da verliere ich den Kopf bei diesem Gedanken. Wenn ich von Ihrer Verlobung höre, dann gerathe ich in solche Wuth, daß ich Einen tödten könnte. Sie müssen mir das verzeihen, Susanne!“

Er schwieg. Die Fische, die kein Brot mehr bekamen, standen unbeweglich, englischen Rothröden gleich, fast in einer Reihe und sahen die Gesichter der beiden Menschen an, die sich über sie beugten und sich doch nicht mehr um sie kümmerten.

„Halb froh, halb traurig flüsterte das Mädchen: „Dumm, daß Sie verheirathet sind. Aber, da ist nur nichts zu machen. Es muß zu Ende sein.“

Er drehte sich plötzlich zu ihr um und sagte ihr ganz in der Nähe gerade ins Gesicht:

„Würden Sie mich heirathen, wenn ich frei wäre?“

„Ja, Bel-Ami“, erwiderte sie ernst, „denn Sie gefallen mir besser als alle Anderen.“

„Danke... danke“, stammelte, er sich erhebend. „Nur um eine bitte ich Sie: Geben Sie keinem Ihr Jawort.“

Warten Sie noch ein wenig. Ich bitte Sie. Wollen Sie es mir versprechen?“

Ein wenig verwirrt und ohne zu wissen, was er damit wollte, flüsterte sie: „Ja, ich verspreche es.“

Du Roy warf das große Stück Brot, das er noch in Händen hatte, in's Wasser und floh, ohne Abschied zu nehmen, als wenn er den Kopf verloren hätte.

Gierig stürzten sich alle Fische auf die große Brotschode, die auf dem Wasser schwamm, weil sie nicht zusammengeknetet war, und schnappten mit ihren gefräßigen Mäulern danach. Sie trieben sie bis zum andern Ende des Bassins, drängten sich um sie herum und bildeten jetzt einen beweglichen Klumpen, eine Art beseelter, sich hin und her wendender Blume, eine lebende Blume, die mit dem Kopf nach unten ins Wasser gefallen war.

Ueberrascht und beunruhigt wendete sich Susanne um und kehrte langsam in den Salon zurück. Der Journalist war schon gegangen.

Er kam sehr ruhig nach Hause. Mabeline schrieb Briefe. „Dinirt Du am Freitag bei Walters?“ fragte er.

„Ich gehe hin.“

Sie schwankte. „Nein. Ich bin nicht ganz wohl. Ich bleib lieber zu Hause.“

„Ganz, wie Du denkst. Keiner zwingt Dich dazu“, erwiderte er.

Dann nahm er seinen Hut und ging wieder.

Seit geraumer Zeit schon beobachtete und überwachte er sie. Er ging ihr nach und kannte alle ihre Gänge. Die erwartete Stunde war endlich gekommen. Er hatte sich in dem Ton nicht getäuscht, indem sie erwidert hatte: „Ich bleibe lieber zu Hause.“

In den folgenden Tagen war er sehr liebenswürdig zu

Die Surrahstimmung der National Liberalen für die en bloc-Akzeptanz des Bürgerlichen Gesetzbuches, ist, nachdem dafür bei der Reichstagsmehrheit keine Gegenliebe zu finden war, bei den National Liberalen schon zu der schönsten Regenstimmung umgeschlagen. Die „Nationalzeitung“ stimmt ein wehleidiges Klagegedicht an. Sie schreibt:

Als der Reichstag die erste Beratung des Entwurfs eines Bürgerlichen Gesetzbuches, einer der wichtigsten Aufgaben, welche ihm jemals gestellt worden, des Werkes zwanzigjähriger Vorarbeiten, begann, waren außer dem Bureau 47 Mitglieder anwesend; um 3 Uhr, als der Saal am vollsten war, betrug die Zahl der Anwesenden 701. Diese Thatfache „spricht Bände“ über das Maß von Interesse und Verständnis, welches ein großer Theil der gegenwärtigen Vertretung deutscher Nation der Aufgabe entgegenbringt, den Segen eines einheitlichen bürgerlichen Rechts, den alle großen Kulturvölker längst besitzen, auch für Deutschland endlich zu erringen. Es wäre denn auch gänzlich verfehlt, sich über die kritische Sachlage Selbsttäuschungen hinzugeben. Sie ist vielleicht noch nicht verurtheilt, aber sie wird gekennzeichnet durch den ergebnislosen Ausgang der Vorberatungen der Fractionen über die geschichtliche Behandlung. Wir haben von Anfang an — ganz abgesehen von den sachlichen Meinungsverschiedenheiten — die ernstesten Zweifel an der geschäftlichen Actionsfähigkeit dieses Reichstages gegenüber einer Vorlage, wie die gegenwärtige, geübt, und die Vergeblichkeit der Fractionenverhandlungen ist nur zu sehr dazu angethan, diese Zweifel zu bestätigen. Es kommt, wie wir wiederholt dargelegt, dabei nicht ausschließlich auf den Gegenstand von Commissionen- und Plenarberatung über das Ganze oder einzelne Theile an; wichtiger noch ist die Frage der Sicherung jeder dieser Beratungsformen gegen Verfehlung, sei es durch ständige Adressungen der Fractionen oder durch Einzelbestimmungen zur Geschäftsordnung. Aber in keiner dieser Beziehungen ist bis jetzt etwas erreicht, und man muß bezweifeln, daß darin etwas zu erreichen ist in einer so zerstückelten Versammlung, wie dieser Reichstag, deren jeweilige Zusammenkunft, wie der Präsenzstand der gestrigen Sitzung wieder darthut, lediglich vom Zufall bestimmt wird.

Die große Interesslosigkeit der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages an dem „großen nationalen Werk“ ist wohl am besten zu erklären aus dem instinctiven Gefühl, daß das Bürgerthum keine Fähigkeit zu gesunder, fördernder Gesetzgebung bereits eingebüßt hat. Die Gleichgültigkeit ist Trumpf bei demselben, soweit nicht direct die materiellen Interessen der einzelnen Sondergruppen in Frage kommen. Die Ideale von ehemals sind abgedankt.

Die Ausnahme der Zudersteuer durch den Bundesrath rückt die Gefahr einer Verlängerung der Vorkriegswirtschaft, die Prämierung der großen Zuderindustriellen durch den Staat auf Kosten der Steuerzahler, näher und es ist nicht ausgeschlossen, daß der Entwurf im Reichstag, wo er außer in conservativen und Extremis-Kreisen namentlich bei den National Liberalen gute Freunde hat, angenommen wird. Ein eifriger Vertreter der Zuderindustriellen ist der Abg. Professor Dr. Fuchs, der die Verlängerung der Zuderprämien verteidigt, obwohl er deren volkswirtschaftliche Schädlichkeit vollumfänglich anerkennt. In einer Abhandlung über die Frage der Abschaffung der Zuderprämien sagt er: „Das Prämien, offen oder verhehlt, in Form von Steuerbegünstigungen bei der Production oder Ausfuhr geräthet, an und für sich und rein theoretisch betrachtet, etwas Verwerfliches sind, bedarf keines besonderen Nachweises. Denn es ist ganz gewiß kein erwünschter Zustand, daß ein producirendes Land seine Erzeugnisse beim Verkauf im Ausland dem fremden Käufer noch besonders durch Zahlung eines Selbstbeitrages verbilligt, der naturgemäß den inländischen Steuerzahler belasten muß und doppelt bedrückt, wenn die Ausfuhrmenge derartig groß ist, daß der Weltmarktpreis unter Zurechnung des Ausfuhrzuschusses auch der Inlandpreis anwächst.“ Herr Professor Fuchs hat für die inerte Natur nicht etwa der Prämienrückzahlung, sondern in erster Linie die des National Liberalismus ausgeplaudert; theoretisch ist er oft sehr klug und einseitig, aber praktisch verliert er nicht seine Ueberzeugungen, sondern die Selbst-

interessen des Unternehmertums, so auch offensichtlich in der Frage der Zuderprämien.

In gut unterrichteten Kreisen, so schreibt die „Freie Ztg.“, werden als die eigentlichen Urheber und nachtheiligen Verfechter des neuen Zudersteuergesetzes genannt der Staatsminister von Wedell-Biesdorf, der königl. Amtsrath von Dieze-Barby und der Schloßhauptmann W. von Alvensleben-Neugattersleben. Falls das neue Gesetz mit der Ausfuhrprämie von 4 Mark pro 100 Kilogramm anstatt der bisherigen von 1,25 Mark zu Stande käme, so würden die Zuderfabriken obiger drei Herren folgende Mehreinnahmen zu verzeichnen haben: die Fabrik Belleben bei 20,000 Dct. 82,500 Mk., die Fabrik Barby bei 40,000 Dct. 110,000 Mk., die Fabrik Hoch-Erleben bei 45,000 Dct. 123,750 Mk., zusammen 316,250 Mark. — Das ist doch noch ein annehmbares Geschäft und da kann man schon für das neue Zudersteuergesetz schwärmen.

Marinepolitik auf Hintertreppe. Einen hübschen Einblick in das Treiben der Staatsretter, die auf höflichen Hintertreppen eine Mehrausgabe für Meer oder Marine zu erreichen suchen, gewährt eine Enthüllung des flottenbegeisterten „Danov. Courier“ über die neuesten Kreisengerüchte, die sich aus der Betreibung der Flottenvergrößerung entwickelten. Es heißt darin: „Durch den großen Flottenplan entstand thatsächlich die Krise; daß dann gewisse politische und höfische Kreise diese in ihrem Interesse auszunutzen und im Trüben zu fischen suchten, verneht sich von selbst. Weber der Reichskanzler noch der Staatssecretär Hollmann hätten indeß den Flottenplan in der geplanten Ausdehnung vor dem Parlament vertreten wollen.“ Dann heißt es weiter: „Man hat es in der Umgebung des Monarchen nicht an Stimmen gefehlt, welche im Gegentag zu den beiden hier in erster Linie in Betracht kommenden Staatsräthen auf eine Beschleunigung der Angelegenheit drängten.“ Diesmal ist der Plan der Regimentshöhe zwar schon auf den Hintertreppen zu Wasser geworden. Aber werden sie deshalb ruhig sein? Sicher nicht, denn der patriotische Lärm geht in altgewohnter plumper Weise seinen Gang.

Nach einem neuen Reichskanzler ist wirklich eifrig gesucht worden. Bei Grafen Hohenlohe ist beinahe der Lacanus erschienen. Es sei mit dem General wegen der Uebernahme des Reichskanzlerpostens verhandelt worden. Zeitweise scheinen diese Verhandlungen dem Abschluß ziemlich nahe gewesen zu sein. Große Erwägungen, insbesondere im Hinblick auf die Gefahr, welche den jetzt dem Reichstag vorliegenden dringenden Aufgaben bräute, falls das Gespräch des Conflicts wieder am Morgen erlösche, haben schließlich den Ausschlag gegeben. Mit dem Grafen Waldersee ist nicht verhandelt worden, obgleich dem Kaiser von bestimmten Kreisen am Hofe die Einnahme dieses Generals mehrfach dringend nahegelegt sei.

Eine zweite Niederlage, als Nachspiel zum Luzzat-Rang, stellt der Reichskanzler Hohenlohe den Agroculturen in Aussicht. Wie die „Deutsche Tagesztg.“ erzählt, geräth Graf Hohenlohe bald eine Erklärung über den Stand der Nahrungsfrage, deren Text bereits fertiggestellt sein dürfte, im Reichstag abzugeben. Die Erklärung soll sich den Wünschen der Agrarier und ihrer Anhängler, der neuen Finanzminister durchaus ablehnend gegenüber.

**Oesterreich-Ungarn.**

Die Schenkverhältnisse der Lehrer in Galizien sind wieder zum Gegenstande — nach Schlesiens, wie die „Neue Zeit“ in Wien. Die Zahl der an den Mittels-

Schulen Galiziens im Jahre 1895 thätigen Lehrkräfte betrug 6516 Menschen. Darunter gab es in ganz Galizien nur 1041, die durchschnittlich 600 fl. oder eine geringe Kleinigkeit mehr bezogen, also soviel, als zur allerbescheidensten Lebenshaltung einer Person und in wenigen Fällen zur Lebensführung einer bescheidenen Lehrerfamilie erforderlich ist. Wenn die Minimalbezüge eines Gendarmen oder Finanzwachsauffsehers 600 fl. betragen, so gab es in Galizien im Vorjahre 5475 Lehrer und Lehrerinnen, deren Einkommen hinter dem der beiden genannten Staatsdiener zurückblieb. Es lassen sich aber noch andere instructive und in die Augen springende Vergleiche anstellen: Die Staatsverwaltung beziffert die Kosten der Erhaltung eines Postpferdes auf mindestens 400 fl. jährlich. Da ergibt sich nun das traurige Faktum, daß es in Galizien 3451 Lehrpersonen gab, die mit weniger auskommen mußten als ein Postgau! Solcher Existenzen gab es in Galizien nicht weniger als 3451, die weniger als 400 fl. Einkommen hatten. Die Erhaltung eines Verbrechers im Criminalsammt Aufsicht kostet den Staat jährlich 380 fl. Demgegenüber stellt sich die Anzahl der Lehrpersonen, die sich das Land Galizien weniger kosten läßt als der Staat die Verpflegung seiner Sträflinge, auf 2318 oder rund 36 Procent des gesammten Lehrpersonals im Lande. Unter diesen 2318 armen Schludern sind noch 1079, die jährlich nur mit 330 fl. entlohnt werden, ferner 484 à 300 fl., 485 à 275 fl. und 268, die sogar mit 250 fl. das ganze lange Jahr haushalten müssen. Da jeder Lehramtsandidat principiell mit dem Minimalgehalt beginnen muß, eröffnet sich ihm bei unangemessener Beförderung die angenehme Aussicht, 36 Procent seiner 40 Dienstjahre, das ist 14 1/2 Jahre, mit einem Einkommen das Auslangen zu finden, das selbst hinter dem Existenzminimum eines Sträflings zurückbleibt. Im regelmäßigen Beförderungswege kann er sich sieben Jahre später keine Bezüge auf die Höhe des Bedarfs eines ärarischen Postgaus leisten sehen, allerdings wenn er sie erlebt, da die galizischen Lehrer gewöhnlich mit zwanzigstem Dienstjahre zu sterben pflegen und außerdem noch, wenn der vorgelegte Inspector ihnen nicht Schwierigkeiten und Hindernisse in den Weg legt. Von dem Einkommen eines k. k. Finanzauffsehers oder Gendarmen darf ein Durchschnittslehrer nicht einmal träumen, weil den wenigsten ein hinreichend langes Leben beschieden ist.

**Italien.**

Mailand, 6. Februar. In Folge der Erhöhung der Maß- und Gewichtsteuer revoltirten die Bauern in Sala. Bei dem Kampfe mit dem dorthin geschickten Militär wurde natürlich so eingehauen, daß vier Bauern getödtet und viele verwundet wurden. — Seit zwei Tagen demonstrieren in den Straßen von Parma die Arbeitslosen. Gestern Abend zogen tausend Arbeiter vor die Praefectur mit dem Rufe: „Arbeit und Brod!“ Gendarmen und Polizei zerstreute die Demonstranten. Die Behörden trafen große Vorsichtsmaßregeln für heute Abend. — Welche Angst fahrt den Excitoren der bürgerlichen Gesellschaft in die Glieder, wenn sie nur Arbeitslose sehen.

**Frankreich.**

Zum Schutz des Coalitionsrechts. Der Gesetzesentwurf, welchen die französische Regierung der Kammer vorgelegt hat, ist sehr kurz, aber auch sehr gut, so daß das Wort „kurz und gut“ hier zutrifft. Er lautet: „Einziger Paragraph. Wer überführt wird, die freie Ausübung der aus dem Gesetze des 21. März 1884 über die Arbeiterindicate sich ergebenden Rechte gehemmt (entravé) oder zu hemmen versucht zu haben, wird mit Gefängnis von sechs Tagen bis einem Monat und einer Geldbuße von 16 bis 200 Francs oder mit einer von diesen beiden Strafen allein bestraft.“ Das ist klar und deutlich, obgleich in letzter Linie, wie bei allen Gesetzen, alles auf die Ausführung ankommt.

Er war sogar heiter, was er sonst gewöhnlich nicht war. „Endlich wirst Du wieder nett“, meinte sie. Am Freitag habe ich mich geübt, um noch einige Belorgungen zu machen, wie er versetzte, bevor er zum Aimer ging. Um sechs Uhr verließ er sein Haus, nachdem er seine Frau geküßt hatte, und holte sich auf dem Wege Rotte-Damaste-Bonnet eine Droschke. „Sollen Sie in der Rue Fontaine der Nummer 17 gegenüber und bleiben Sie dort so lange stehen, bis ich Ihnen das Gegenstück sagen werde. Dann fahren Sie mich schon nach dem Restaurant „Aux Palmes“ in der Rue Lafayette.“ Der Droschkengaul setzte sich in langsamem Trab, und Du Roy ließ die Vorhänge im Wagen herunter. Sobald er sich seiner Hausthür gegenüber befand, ließ er sie nicht mehr mit den Augen. Nach zehn Minuten Warten sah er Mabeleine herauskommen und den älteren Boulevard hinübergehen. Sobald sie fern genug war, machte er den Kopf zum Schloß hin und rief: „Normant!“ Die Droschke setzte sich in Bewegung und fuhr ihn zum Boulevard hin, einem im Viertel bekannten, bürgerlichen Restaurant, ab. Georges ging in der Speisekammer, legte sich zu Tisch und begann in aller Ruhe zu speisen. Nur sah er den Zeit zu Zeit nach der Uhr. Es war halb acht geworden, als er Laffes getrunken, zwei Gläser Cognac und champagne daraus getrunken und eine gute Cigarette langsam ergeraucht hatte. Er verließ das Restaurant, rief eine der vorüberfahrenden Droschke heran und ließ sich nach der Rue de Valenciennes bringen. Ohne den Portier zu fragen, trat er in dem angegebenen Hause bis zum dritten Stock empor, klingelte und fragte den stehende Dienstmädchen: „Herr Gumbert de Normant ist noch zu Hause?“

Er wurde in den Salon geführt und mußte einige Augenblicke warten. Dann trat ein großer, erdgeschmüdter Mann in militärischer Haltung herein, der trotz seiner Jugend schon einen guten Haare hatte. „Du Roy begrüßte ihn und sagte: „Wie ich vorher sagte, habe ich meine Frau heute mit ihrem Koffer in der nächsten Wohnung, die sie in der Rue des Martyrs gemietet haben, zum Aufbruch.“ Der Normant nickte ab: „Ich Reize zu Ihrer Verfügung.“ „Was um neun Uhr haben wir Zeit, nicht wahr?“ rief Georges fort. „Später hätten Sie in eine Privatwohnung nicht mehr einbringen, um einen Abend zu verbringen.“ „Nun, bis sieben Uhr im Winter, bis neun Uhr vom 31. März ab. Hast du heute mit der 5. April, wir können uns bis neun gehen.“ „Nun sagen Sie mir, Herr Commissar, wie können Sie wohl Ihre Begleitungsstücke holen und dann zu mir vor der Thür warten. Je später wir kommen, desto mehr Aufsehen haben wir, je bei der That abgefaßt.“ „Ganz wie Sie wünschen.“ Der Commissar ging hinaus und kam dann im Ueberrock wieder herein, der seine treue Schärpe verbarg. Er bemerkte sich, Du Roy entgegen zu liegen. Aber der Normant, der zu sehr mit seiner Gedächtnis beschäftigt war, wollte nicht mehr weiterreden und sagte immer: „Nach Ihnen... nach Ihnen.“ „Geben Sie mir etwas“, erwiderte der Normant. „Ich bin zu spät zu Hause.“ „Nun, ich verzeihe dir Du Roy und geh die Thür frei. Sie haben gar nicht im Restaurant drei Schokolade in den Mund, die ich auf Sie wartete, denn Georges hatte schon im Laufe des Tages mitgebracht, daß am Abend der Jung-

vor sich gehen sollte. Einer der Männer kletterte zu dem Rauscher auf den Dach, die beiden anderen stiegen in die Droschke ein, die sie nach der Rue des Martyrs brachte. „Ich habe den Plan der Wohnung“, sagte Du Roy. „Sie liegt im zweiten Stock, besteht aus drei Zimmern und hat nur einen Ausgang. Ein Schloffer wohnt in der Nachbarschaft. Er ist bereit, falls Sie ihn requirieren sollten.“ Es war erst viertelneun, als sie vor dem angegebenen Hause anlangten. Schweigend warteten sie zwanzig Minuten. Gegen dreiviertel sagte Georges: „Ist es vorwärts!“ Sie stiegen die Treppe hinauf, ohne sich um den Portier zu kümmern, der sie übrigens auch gar nicht bemerkte. Ein Schutzmann blieb auf der Straße, um die Thür zu bewachen. In zweiten Stock machten die vier Männer halt, und Du Roy preßte erst sein Ohr an die Thür, dann sein Auge ans Schlüßelloch. Er hörte und sah nichts. Er klingelte. „Bleiben Sie hier und halten Sie sich bereit, wenn ich Sie rufe“, sagte der Polizeicommissar zu seinen Leuten. Sie warteten wieder. Zwei oder drei Minuten verstrichen, dann zog Georges mehrmals hintereinander die Klingel. Ein Geräusch drang aus der Tiefe der Wohnung heraus, dann näherte sich ein leiser Schritt. Jemand suchte durch das Schlüßelloch zu spähen. Da klopfte der Normant mit gebogenem Finger heftig gegen das Holz der Thüröffnung. Eine Stimme, es war eine Frauenstimme, die sich zu verstellen suchte, fragte: „Wer ist da?“ „Deffnen Sie im Namen des Gesetzes!“ erwiderte der Normant. „Wer sind Sie?“ fragte die Stimme wieder. „Ich bin der Polizeicommissar. Deffnen Sie, oder ich laß die Thür aufbrechen.“ „Was wollen Sie hier?“ fragte die Stimme weiter. „Ich bin es“, rief Du Roy. „Jeder Versuch, uns zu entweichen, ist nutzlos.“ (Fortsetzung folgt.)

Das „oder“ ist ein Kaufschwurwort. Geldstrafen, wenn sie nicht in die Zehntausende gehen, haben für Fabrikanten gar keine Bedeutung. Die Arbeiter müssen es ja doch verdienen. Immerhin ist hier einmal ein ernstlicher Anlauf zum Schutz des Coalitionsrechts gemacht. Und dieser einzige Gesetzesparagraf, wenn richtig ausgeführt, ist mehr werth als sämtliche Arbeiter-Gesetze des Deutschen Reiches mit ihren Hunderten von Paragraphen. Es ist, wie wir schon vor Jahren betont haben, das Coalitionsrecht — neben dem allgemeinen Wahlrecht — das wichtigste Recht der Arbeiter, und eine Waffe, mit der sie sich alle übrigen Rechte erobern können. Die französischen Capitalisten wissen das auch sehr gut, und sie speien Feuer und Flamme gegen das Ministerium Bourgeois.

**England.**

Aus London wird gemeldet: „Die Handelsliga des Vereinigten Königreichs richtete an Lord Salisbury eine Denkschrift, in welcher dieser ersucht wird, die geeigneten Schritte zu thun, um eine Befreiung von denjenigen Artikeln in den Handelsverträgen mit Belgien und dem deutschen Zollverein zu verlangen, welche verhindern, daß britische Waaren in britischen Colonien eine bevorzugte Behandlung genießen. Die Denkschrift erinnert Lord Salisbury an seine im Jahre 1891 abgegebenen Versicherungen, daß die Regierung jede Gelegenheit ergreifen werde, um Großbritannien von solchen unglücklichen Tarif-Bestimmungen zu befreien.“ — Sollten die Forderungen der Handelsliga von Erfolg gekrönt sein, so würde eine der besten Ueberlieferungen der englischen Politik der Neuzeit, die Gewährung der Handelsfreiheit an Fremde in und mit den Colonien, durchbrochen werden. Das könnte schließlich England selbst nur zum Schaden ausfallen. Derartige Pläne passen aber trefflich in die pompöse, imperialistische Politik hinein, die nach dem Muster Disraeli's jetzt von Chamberlain cultivirt wird.

**Portugal.**

Aus Lissabon wird gemeldet: Vor dem Hause des Arztes, der mittels Certificats constatirte, daß der Arbeiter, der einen Stein gegen den Wagen des Königs geworfen hatte, geistesgestört sei, wurde eine Bombe geworfen. Behufs Aufklärung dieses Indivduums wurden 57 Anarchisten verhaftet. — Eine unbegreiflichere „Bombe“ ist gewiß schon lange nicht geworfen worden. Es ist doch nicht anzunehmen, daß sich die „Anarchisten“ an dem Arzte rächen, der den Mann als geistesgestört erklärte, wie es ja aller Wahrscheinlichkeit auch der Fall ist. Er hätte dem verübten Steinwerfer wohl mehr geschadet, wenn er ihn nicht für geistesgestört erklärt hätte. Wahrscheinlich ist die Bombe eben von jemand geworfen worden, der sich deswegen ärgert. Interessant ist übrigens auch die Maßnahme zur Aufklärung des Attentäters; sie erinnert stark an das famose Recept des Löwenfanges: Man nimmt die Sahara und schießt sie durch, der Sand läuft durch, und die Löwen bleiben im Sieb. So stellt sich die Lissaboner Polizei wohl auch den Attentäter-„Fang“ vor.

**Amerika.**

Die amerikanischen Industriellen beginnen bereits vor der Concurrenz Ostasiens zu zittern. Man schreibt diesbezüglich aus New-York, 24. Januar: „In Chicago tagt gegenwärtig die Conventio der im vorigen Jahre gegründeten nationalen Fabrikanten-Association. Seit dem kurzen Zeitraum ihres Bestehens ist für sie eine „Wolke am Horizont“ aufgestiegen, an deren mögliches Erscheinen die Herren auf ihrer ersten Zusammenkunft — bei der es sich hauptsächlich um Verabreichung von Maßregeln zur Eroberung des Weltmarktes handelte — nicht gedacht hatten. Es ist dies die drohende Concurrenz der japanischen Industrie-Producte. Während sie sich also auf den Zug nach dem Osten vorbereiten, rückt von Westen ein schlimmerer Feind heran, als sie vielleicht für Fenen sind! — Im Alterthum gingen die Völker selbst auf die Wanderschaft — nach der Behauptung unserer „Geschichtsschreiber“ wenigstens — heute schicken sie ihre Erzeugnisse auf dieselbe. Und diese Anfeindung für den empfangenden Theil so vortheilhafte Wanderung ist für denselben bei unserer jetzigen „herrlichen Gesellschaftsordnung“ womöglich von schlimmerer Wirkung, als die „Drängerei“ von Anno dazumal!“

**Afrika.**

Aus den deutschen Colonien liegen wieder allerlei Nachrichten vor. Natürlich ist auch wieder in einem ostafrikanischen Negereich, in Kiringa, die deutsche Flagge gehißt worden, und wird vermuthlich so lange bleiben, bis es den Negern gelegentlich einfällt, sie wieder herunter zu reißen. Ebenso hat sich ein Distrikt, der im „Aufstand“ war, wieder „unterworfen“ — bis zum nächsten „Aufstand“. Das Gouvernament „hofft“ — im „Hoffen“ ist es von je her stark gewesen — daß den räuberischen Einbrüchen der Wahches ein Ende gemacht, ein friedlicher Zustand hergestellt und dem Handel und Wandel der Weg geöffnet sein wird. Im Süden von Ostafrika ist „die Ruhe völlig wieder hergestellt.“ Außer Hassan bin Omari hat der Gouverneur noch elf von Hassan's Hauptführern und einen Akida von Kilwa wegen Verrätherie hängen lassen, während der zweite Akida im Gefängniß saß. Außerdem hat das in Kilwa über die Anhänger Hassan bin Omaris eingesezte Kriegsgericht inzwischen fernere 16 Einwohner von Kilwa wegen ihrer Betheiligung an dem Aufstande zum Tode verurtheilt. Der Gouverneur trachtet indes durch die bisherigen Aburtheilungen „das Ansehen der Regierung gegenüber der Bevölkerung bereits in ausreichendem Maße wieder hergestellt“ und hat deshalb diese Todesurtheile nicht bestätigt, sondern die Todesstrafe in eine längere Freiheitsstrafe verwandelt, deren Abbüßung im

Norden des Schutzgebietes, in der Nähe des Kilimanjaro, erfolgen soll. Soweit die Verurtheilten Vermögen besitzen, soll ihnen zur theilweisen Deckung des angerichteten Schadens eine angemessene Geldbuße auferlegt werden. Das ist das Neueste über die deutsche Culturthätigkeit in Ost-Afrika — elf Personen sind gehängt worden.

In Kamerun ist man auch noch fleißig beim Civilisiren. Gehängt wird augenblicklich wohl nicht, auch nicht „einfach todtgeschlagen“ und skalipt. Der Schnaps ist ein milderes Mittel. In den „Blättern für die Freunde der evangelischen Mission in Kamerun“ berichtet Missionar Graf über das Branntweingeschäft in Kamerun: „Die deutsche Regierung legte in Victoria eine Versuchsplantage an. Die Arbeiter in dieser Plantage bekamen zum größten Theil am Sonnabend als Bezahlung eine Flasche Branntwein. Dieser wurde vielfach schon in der folgenden Nacht getrunken; denn der Neger ist nicht im mindesten hausälterisch. So waren die Leute am Sonntag Morgen betrunken und Sinige kamen in diesem Zustande sogar in den Gottesdienst. Der Missionar machte dem betreffenden Regierungsbeamten Vorstellungen und bat ihn, den Branntwein nicht mehr verabfolgen zu lassen. Dieser entgegnete, daß er dann keine Arbeiter bekäme. Der Missionar erwiderte ihm, er hätte die Arbeiter vorher ein ganzes Jahr beschäftigt, ihnen einen viel niedrigeren Lohn als die Regierung bezahlt und doch immer 80 bis 100 Arbeiter gehabt. Darauf gab der Beamte dem Missionar zur Antwort, daß die Flasche Branntwein der Regierung auf 50 Pfennige zu stehen komme, während sie den Arbeitern zu Mark 1 verrechnet werde. Das mache wöchentlich bei 200 Arbeitern einen Gewinn von Mk. 100.“ Nach diesem Bericht erhalten also in der Regierungsplantage die Arbeiter nicht nur direct Branntwein geliefert, sondern der Branntwein wird ihnen vom Regierungsbeamten sogar als ein Theil ihres Lohnes gegeben, und dazu noch zur doppelten Höhe des Selbstkostenpreises angerechnet. Das ist doch ein förmliches Trucsystem. Herrliche Civilisation!

**Australien.**

Von Apia (Samoa) wird der „N. Z.“ berichtet: „Nicht nur die einheimische, auch die weiße Bevölkerung ist mit der derzeitigen Regierung und Regierungsform höchst unzufrieden. Geld ist knapp und der Fehlschlag der Cocosnuß-Ernte trägt merklich zur Geschäftstillung bei. Um so größer ist die Entrüstung der Bewohner Apias über die fortgesetzten übertrieben hohen Gehälter, die den obersten Beamten der Vertragemächte noch immer aus den geringen jährlichen Regierungseinkünften im Betrage von nur 145,000 Mark gezahlt werden. Stadtpräsident Schmidt erhält 5000 Dollar oder 21,000 Mark und der amerikanische Oberrichter Jbe gar 6000 Dollar oder 25,000 Mark das Jahr. Seine Schlichtung der Landstreitigkeiten wird im April oder Mai zu Ende kommen und dann, so glaubt man hier, sollte ein Richter mit einem Gehalt von bloß 6—7000 Mark angestellt werden. Kürzlich fand eine Massenversammlung statt, in der diese Fragen erörtert und besonders Schmidts Abberufung verlangt wurde. Man forderte die sechs Stadträthe auf, dieser Agitation gegen Herrn Schmidt sich anzuschließen, und als sie sich natürlich weigerten, gegen ihren Vorstehenden Stellung zu nehmen, wurde ihre Haltung streng getadelt. Vier Stadträthe legten in Folge dessen ihr Amt nieder. Thatsächlich kostet die ganze unpraktische samoanische Verwaltung viel zu viel und steht außer allem Verhältnisse. Dies fühlt die ganze weiße Bevölkerung und verlangt mit Ungeduld eine Aenderung. Auch der König soll statt der ihm zuertheilten Monatsgehälter von 150 Dollars kaum 50 Dollars und diesen Betrag nur in verschleppten rückständigen Zahlungen wegen mangelnder Kasseneingänge erhalten.“

Da haben die Samoaner einen wirklich sehr billigen König. Wenn die Majestät sich unter solchen Umständen zu den Unzufriedenen wüßt, ist ihr das kaum zu verdenken, denn 50 Dollar monatlich ist ja dort für die Ausübung des Königsberufs eine doch gar zu bescheidene Entlohnung.

**Arbeiterbewegung.**

**A u f r u f**

an alle im deutschen Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter

als: Geschäfts-, Haus-, Comptoir-Diener, Packer, Markthelfer, Ausläufer, Speicher-, Expeditions- und Keller-Arbeiter, Roll- und Geschäftsfuhrer, Möbeltransport-Arbeiter, Fuhrleute und verwandte Berufsgenossen! Collegen! Am 24. und 25. Mai d. J. wird in Halberstadt im „Eden“ der II. Berufs-Congress der Handels-Hilfsarbeiter Deutschlands abgehalten. Dieser Congress hat die Aufgabe, die noch an vielen Orten herrschende Unklarheit über Agitation und Organisation durch gemeinsame Aussprache zu beseitigen. Ferner soll berathen werden, in welcher Weise vor die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit unseres Berufes am besten fördern können. Weiter stehen viele Collegen heute noch unter der Gesindeordnung. Die Wohlthat des Gewerbegerichts ist ihnen in Folge dessen entzogen, wie beispielsweise in München und Coburg; während in anderen Orten bereits seit langem das genaue Gegentheil der Fall ist. Der Congress hat dagegen energisch Stellung zu nehmen und den Collegen Mittel und Wege anzugeben, diese misslichen Verhältnisse zu ändern. Der Congress muß in Anbetracht der für unseren Beruf hochwichtigen Tagesordnung von allen Orten, wo organisirte Collegen vorhanden sind, besichtigt werden. Die Collegen an denjenigen Orten, wo noch keine Organisation besteht, suchen wir, zur Gründung von Organisationen und zur Besichtigung des Congresses möglichst bald überall öffentliche Versammlungen einzuberufen. Wegen der nöthigen Information resp. wegen des Agitationsmaterials wolle man sich an die unterzeichnete Adresse wenden. Wir bitten besonders die Vorstehenden der Gewerkschafts-Comitee, unsere Collegen bei der Agitation möglichst zu unterstützen.

Zur schnellen Erlebigung der Arbeiten ist es notwendig, daß schon jetzt die provisorische Tagesordnung des Congresses in öffentlichen Versammlungen discutirt wird. Wir schlagen als Tagesordnung vor: 1. Bericht der Agitations-Commission; 2. Agitationsbericht; 3. Rechenschaftsbericht. 2. Der gegenwärtige Stand der Socialreform im Handels- und Transportgewerbe. 3. Die Gesinde-Ordnungen und ihr Einfluß auf unseren Beruf. 4. Wie gestalten wir in Zukunft unsere Organisation und Agitation? 5. Unsere Taktik. 6. Fachpresse. 7. Der internationale Arbeiter- und Gewerkschaftscongress in London. 8. Allgemeines und Anträge. — Weiteren Vorschlägen zur Tagesordnung wird gern entgegengekommen. Wir machen nochmals ausdrücklich aufmerksam, daß, um jede Verwickelung mit den verschiedenen Vereinsgesetzen zu vermeiden, die Erörterungen über Congressfragen nur in öffentlichen, nicht etwa in Vereinsversammlungen stattfinden dürfen. Alle Anfragen zc. sind an Carl Alsbolt, Berlin O., Auguststraße 38, zu richten.

**Sociale Arbeiterbewegung.**

Ein Arbeiterbudget. Der „Unterfränkischen Volkzeitung“ unserem Würzburger Parteiorgan, ging von einem Genossen eines kleinen Ortes ein genau geführtes Budget über das Jahr 1895 aus, dem wir nachstehende interessante Einzelheiten entnehmen. Der Mann war vom 1. Januar bis 15. Juni in einem königlichen Forste beschäftigt und hatte während dieser Zeit an Arbeitslohn eingenommen 216 Mk. 27 Pfg. Dann erhielt er Arbeit in der Landwirthschaft und verdiente bis zum Jahreschluß weitere 349 Mk. 25 Pfg. Die Frau hatte in den Monaten Juni, Juli, August und October 40 Mk. 50 Pfg. erarbeitet, so daß die Gesamt-Jahres-einnahme sich auf die Summe von 606 Mk. 2 Pfg. belief. An Wohnungsmiethe hat der Arbeiter 84 Mark ausgegeben; für Kleidung, Reparaturen, Lectüre, Handwerkszeug, Gerichtskosten, Versicherungen 160 Mk. 40 Pfg. aufbringen müssen, so daß ihm für den Lebensunterhalt für sich und seine Familie noch ganze 361 Mk. 62 Pfg. blieben. d. h. fast eine Mark pro Tag. Dabei hatte der Mann noch Glück, indem er stets Arbeit und in der Familie keine Krankheit hatte.

Solche authentische Darstellungen über Einnahmen und Ausgaben der Arbeiter haben in mehrfacher Hinsicht großen Werth und ist es nur zu wünschen, daß immer mehr unserer Genossen sich beschäftigen, sorgfame Aufstellungen möglichst eingehender Natur über die Einnahmen und die Ausgaben zu machen und eventuell auch zu veröffentlichen.

Zur Bekämpfung der Prostitution ziehen in den Vorbellern der amerikanischen Stadt Baltimore einige philanthropische Damen der tonangebenden Gesellschaft herum und suchen die Prostituirten durch Ueberredung und Gebet zu dem Berzicht auf ihr Gewerbe zu veranlassen. Ueber einen dieser Streifzüge gegen die Unsitlichkeit berichtet ein amerikanisches Blatt das Folgende: „Frau Schölm kniete neben einem sehr schönen, aber süßigen Mädchen und betete für es, daß es den moralischen Muth erlange, seiner Umgebung zu entfliehen. In Thränen ausbrechend erwiderte das Mädchen schluchzend: „Ich weiß, Sie meinen es gut, indem Sie hierher kommen, aber ich weiß nicht, ob es viel nützt. Nicht hierher zu kommen, thäten Sie besser daran, wenn Sie zu den Inhabern einer jener Fabriken und Werkstätten gingen, welche einem armen Mädchen einen Hungerlohn geben, und suchten, daß diese bessere Löhne erhalten. Ein Mädchen kann nicht von dem leben, was es in der Fabrik bekommt. Hieraus sollten Sie Ihre Aufmerksamkeit richten.“ — In dieser Antwort der Prostituirten liegt mehr Verstand als in sämmtlichen Reden und Handlungen Dezer, die gegen die Unsitlichkeit ankämpfen, ohne sich um deren ökonomische Ursache zu kümmern.

**Gerichtliches.**

Die heutige „Tagabunden“ gemacht werden und welchen Unbild die auf die Landstraße gemachten Opfer der zügellosen Produktionsweise ausgeübt sind, ergab kürzlich eine Verhandlung vor der Strafkammer in J. r. h. Der 23jährige ledige Bäcker J. Kirischbaum aus Einben, Bez-Amst Lindau, hatte vom Bezirksamt Neustadt a. Rh. einen Arbeitsauftrag erhalten, trotzdem Kirischbaum erklärte, der Stadtmagistrat Nürnberg habe seine Legitimationspapiere zurückbehalten, dieselben würden nach Neustadt geschickt. Kirischbaum ließ nichts unversucht, um Arbeit zu erlangen, überall wurde er aber abgewiesen, und besonders deshalb, weil er ohne Papiere war. Nächst erfolgte in Neustadt seine Verhaftung; nach 14-tägiger Untersuchungshaft wurde er vom Amtsgericht Neustadt in A. b. w. e. n. h. e. i. t. von Schöffen wegen Nichtbefolgung eines Arbeitsauftrages zu vierzehn Tagen Haft und nach verbüßter Strafe zur Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurtheilt. Gegen das durch ein ungesetzliches Verfahren zu Stande gekommene Urtheil legte Kirischbaum Berufung ein. — Bekanntlich sagt § 27 der G. O. ausdrücklich, daß zur Aburtheilung von Uebertretungen die Schöffen gerichte zuständig sind. — Die Strafkammer in J. r. h. sprach den Angeklagten kostenlos frei und ordnete seine sofortige Haftentlassung an. In der Urtheilsbegründung wurde ausdrücklich das Urtheil des A. G. Neustadt als ungerecht bezeichnet, denn nachdem der Angeklagte keine Papiere gehabt, sei es nicht seine Schuld gewesen, daß er keine Arbeit erhielt. Nach gesetzlicher Ordnung hätte das A. G. Neustadt den Angeklagten ohne Schöffen gar nicht aburtheilen können. Kirischbaum, welcher nicht den Eindruck eines arbeitslosen Mannes machte und lediglich fünfmal wegen Uebertretungen verurtheilt ist, hat nun 4 Wochen unschuldig in Untersuchungshaft gesessen und hätte er sich dem Urtheile unterworfen, so wäre er nach verbüßter Strafe in das Arbeitshaus geschickt worden und zwar von Rechts wegen.

Ein reicher Rentier in Spandau, Garre, der seit mehreren Jahren das Ehrenamt eines Schiedsmannes bekleidete, ist vom Schöffengericht wegen Beleidigung eines jungen Mädchens zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Das Mädchen war zu dem Schiedsmann gekommen, um eine Frau zu verklagen, die ihr durch able Nachrede die Ehre abgenommen hatte. Bei der Protocollaufnahme hat er sich, nach dem eideschwörenden Zeugniß der Klägerin, gleichfalls schwer gegen die weibliche Ehre derselben vergangen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Als ein Sicherheits- und Sittenwächter. Der frühere Schutzmann Johann G. H. Nagel in Frankfurt a. M. hatte, als er noch im Amte war, mit drei Frauenpersonen, die ihm als Gesangene anvertraut waren, unzüchtige Handlungen vorgenommen. Als der Termin heranah, an welchem er wegen dieser Straftaten abgeurtheilt werden sollte, machte er den vergeblichen Versuch, die drei Frauenpersonen zu bestimmen, als Zeuginnen zu seinen Gunsten auszusagen. Nachdem er schon wegen der Sittendelict zu Strafe verurtheilt worden war, hat ihn das Landgericht Frankfurt a. M. am 11. November d. J. unter Befreiung der früher erkannten zu einer Gefängnißstrafe von 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurtheilt. — Die Revision des A. J. lagten beantragte hauptsächlich die Annahme je eines bestimmten Vorjahres bei der unternommenen Verleitung der drei Frauenpersonen zum Meineide. — Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Berufung der Revision.

Ein gefährliche Fabne“ hat am 1. September d. J. der Schmied Ritter in Wahren (Sachsen) anlässlich der Kaffeefest herabgeschickt. Sie hatte eine weiße Grundfarbe und darauf stand eine rote „S.“ Diese „S.“ sollte für Nr. von sehr großer Bedeutung sein, denn da an dem genannten Tage auch das Sedanfest in Wahren gefeiert wurde, so sollten sich die Theilnehmer des Festzuges durch die Fabne in ihren patriotischen Gefühlen beleidigt, und das Schöffengericht Leipzig erkannte wegen „groben Unfug“ auf 8 Tage Haft.



1 Mark 60 Pfennig jährlich selbst nehmen können. Da es nun aber immerhin durchaus zweifelhaft ist, ob nicht die freisinnige Mehrheit trotz ihrer Versicherung, daß sie alle Steuerzahler sehr gern berücksichtigen möchte, dennoch gegenständig handelt, so können wir den Mitgliedern der unteren Steuerstufe nur empfehlen, die 1 Mt. 60 Pf. jährlich bar anzuzahlen und ihr Einkommen freiwillig auf 660 Mark anzugeben.

Also zahlt mehr Steuern, als Ihr gesetzlich nötig habt, macht der Commune Breslau ein Geschenk, dann wird sie Euch gestatten, in der dritten Wählerabtheilung alle 6 Jahre einmal Eure Stimmen abzugeben! Diesen politischen Handel empfiehlt ein Rechtsanwält und ein sogenanntes unparteiisches Blatt Katsch aus Beltskräften Beifall. Daß ein Rechtsanwält dergleichen Handelsgeschäfte billigt, will uns allenfalls einleuchten, — aber daß ein Blatt mit der großen Abonnentenzahl des „General-Anzeiger“ in einer Stadt von fast 400,000 Einwohnern so mangelhafte juristische Kenntnisse hat, um solche Sachen für gesetzlich erlaubt zu halten, das hätten wir doch nicht für möglich gehalten. Glaubt denn der „General-Anzeiger“ wirklich, daß es im Belieben jedes Steuerzahlers steht, willkürlich seine Steuerstufe zu erhöhen, und daß die Stadt eine zu hohe Steuer annehmen wird und annehmen darf?

Aber gesetzt den Fall, die Sache wäre möglich, so hätte sie doch nur dann Bedeutung, wenn wirklich der Steuerzensus, wie es der Antrag Heilberg forderte, auf 4,00 Mark herabgesetzt wird. Gegen diesen Antrag aber will, wie öffentlich in einer Sitzung des Bürgervereins mitgeteilt worden ist, derselbe Stadtverordnete Nerode stimmen, der sich in so weitreichenden Vorschlägen beihätigt. Wird der Antrag Heilberg aber abgelehnt, so bleibt es, da der Antrag Nerode noch weniger Aussichten hat, bei dem Census von sechs Mark Staatsinkommensteuer, wozu noch mehr als 6 Mark Gemeindeinkommensteuer kämen, und damit wäre der Kaufpreis für das Wahlrecht auf einen recht ansehnlichen Betrag erhöht.

Und gesetzt ferner den Fall, der Antrag Heilberg fände die Mehrheit in den städtischen Collegien, die Steuerstufe von mehr als 420 Mark aufwärts würde zur Censurgrenze bestimmt, so wäre doch immer das Rechenexempel des Herrn Stadtverordneten falsch, obgleich der „General-Anzeiger“ so sehr dafür schwärmt. Die Beträge von 2,40 Mark und 4 Mark sind nämlich nicht wirkliche Steuerätze, sondern die Einkommensstufen bis zu 900 Mark keine Staatsinkommensteuer mehr erhoben wird, nur sogenannte irrelative Normalätze, nach denen die städtische Steuer in Procenten zu berechnen ist. In Breslau aber werden mehr als 100 Procent der Normalätze erhoben, und die Zuschläge sind in solcher Steigerung begriffen, sodaß die Steuerzahler, die nach dem Rathe des „General-Anzeiger“ sich freiwillig mit Steuern überbürden wollten, ein sehr schlechtes Kaufgeschäft machen.

**\* Wie viel muß der Minimalverdienst eines Arbeiters,** der eine fünfköpfige Familie zu ernähren hat, betragen? Nach einer Bekanntmachung des württembergischen Ministeriums des Innern und des Kriegswesens ist als Verpflegung der Naturalverpflegung dem Militärdienst threnden Mann pro Tag zu geröhren: für volle Tageskost mit Brot 80 Pf., ohne Brot 65 Pf., für die Mittagkost mit Brot 40 Pf., ohne Brot 35 Pf., für die Abendkost mit Brot 25 Pf., ohne Brot 20 Pf., für die Morgenkost mit Brot 15 Pf., ohne Brot 10 Pf. Diese Sätze sind arggesetzt für die bekanntlich nicht für Feinschmecker bestimmte Militärkost und auf die Ernährungsweise eines Jöglingens r Ferien-Colonien darf wohl auch ein Arbeiter, der angestrengt thätig ist, Anspruch erheben. Der Ernährer einer fünfköpfigen Familie (Mann, Frau und drei Kinder, zwei Kinder einem Erwachsenen gleich gerechnet) muß danach 80 Mt. täglich für Nahrung verwenden können. Dazu kommt die Wohnungsmiethe, die mit 80 Pf. pro Tag sehr niedrig angeschlagen ist, und Kleidung und sonstige Ausgaben mit 60 Pf. pro Tag für die ganze Familie. Das Mindesteinkommen des Arbeiters müßte somit betragen 420 Mark pro Tag, wenn er mit seiner Familie sich nur den „Luxus“ des „Waffenrechts“ erlauben will. Die Arbeiter mit einem täglichen Verdienst von 4,20 Mark aber sind sehr dünnläufig. In unserer herrlichen Weltordnung ist es also so weit gekommen, daß die Lebensweise der Arbeiter weit unter derjenigen der allen Beschränkungen unterworfenen Militärangehörigen steht.

**\* Die Bau thätigkeit in Breslau** ist gegenwärtig in den größeren Bauwerken nicht eingestellt. Die ausnehmend hohe Temperatur des diesmaligen Winters gestattet es, daß in diesen Bauten auch während der Monate December und Januar fortgearbeitet werden konnte, wodurch Hunderten von Arbeitern Gelegenheit zum Erwerb geboten wurde. Trotzdem ist die Zahl der arbeitslosen Maurer, Zimmerer, Steinsetzer u. s. w. noch recht groß und Noth und Sorge sind diesen Armen ständige Gäste.

**\* Eine Vermehrung der Straßenlaternen** in Folge des wachsenden Verkehrs, sowie durch das fortwährende Entgehen neuer Straßen auch in diesem Jahre forderlich. Für das Jahr 1896/97 ist ein Mehr von 10 Lampen, darunter 50 „ganznächtliche“, in Aussicht genommen. Es werden dann 3600 „ganznächtliche“ und 2650 „halbnächtliche“ Petroleumlampen vorhanden sein. Der Quantitätenpreis soll durch 4 Stück 14 Ampere-Bozenglampen herabgesetzt werden. Der Selbstkostenpreis für elektrische Lampen ist für die Ampere-Stunde auf 5,5 Pf. festgesetzt. Die Kosten für öffentliche elektrische Beleuchtung sind deshalb 10,280 Mt. auf 13,732,80 Mt. gestiegen. Zur weiteren Vertheilung der noch in großer Zahl vorhandenen ungenutzten Lampen sollen durch öffentliche Ausschreibung die Kosten der Wirtel (1200 Mt.) für 40 solcher Lampen über den Staat erstattet werden.

**\* Zur Sonntagsruhe.** Feilsch der Frage, ob in einem Laden noch befindlichen Kunden verkauft werden darf, wenn die Stunde der Sonntagsruhe eintritt, hat das Oberlandesgericht jüngst entschieden, wenn in einem geschlossenen Locale von wenigen Personen die bereits vor Eintritt der Sonntagsruhe angefangenen Kaufgeschäfte abgewickelt werden, so ist hierin ein Verstoß gegen §§ 41a und 146a der Reichsgewerbeordnung nicht zu erblicken.

**\* Auch vorübergehende Beschäftigungen,** wenn diese gewerbmäßig bzw. berufsmäßig ausgeübt werden, sind bekanntlich versicherungspflichtig. Die hiesige Armendirection macht darauf aufmerksam, daß z. B. die Wäschfrau, die Näherin und die Schneiderin versicherungspflichtig sind, wenn sie in das Haus des Kunden kommen und dort nach seiner Anordnung arbeiten. Unter Gelegenheitsarbeiterinnen (für welche sich die genannten Personen oft halten) sind nur Personen zu verstehen, die für gewöhnlich nicht Lohnarbeiterinnen sind, sondern nur gelegentlich und ausnahmungsweise Lohnarbeit übernehmen. Die Arbeitgeber solcher oben genannter Personen bedenken oft nicht, daß sie sich selbst wegen der Unterlassung der Versicherung schwerer Strafe aussetzen, den Arbeiterinnen die Altersrente entziehen und später der Commune ungerechtfertigte Lasten verursachen. Die Armendirection richtet daher an sämtliche Mitglieder der Armenverwaltung die Bitte, sowohl im Kreise ihrer amtlichen wie außeramtlichen Thätigkeit aus Rücksicht der Humanität und des öffentlichen Interesses die Kenntniß der Absichten der Versicherungsgeetze in die weitesten Kreise zu tragen und thunlichst dahin zu wirken, daß die wohlthätige Absicht des Gesetzes nicht den oben erwähnten Personen aus Unkenntniß oder Lässigkeit verloren gebe.

**\* Bewegung der Bevölkerung.** In der Woche vom 26. Januar bis 1. Februar 1896 fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Breslau 67 Geburten statt. In der Vorwoche wurden 278 Kinder geboren; davon waren 218 ehelich, 60 unehelich, 269 lebendgeboren, (140 männlich, 129 weiblich), 9 todtgeboren, (4 männlich, 5 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (excl. Todtgeborene) betrug 141 (78 männlich, 63 weiblich) mit Einschluß der nachträglich aus Vorwochen gemeldet. Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 44 (darunter 12 unehelich Geborene), 1 bis 5 Jahren 13, von 5 bis 10 Jahren 4, von 10 bis 15 Jahren —, von 15 bis 20 Jahren 2, von 20 bis 25 Jahren 2, von 25 bis 30 Jahren —, von 30 bis 40 Jahren 13, von 40 bis 50 Jahren 9, von 50 bis 60 Jahren 24, von 60 bis 70 Jahren 12, von 70 bis 80 Jahren 12, über 80 Jahre 6. — Es starben an Scharlach 3, an Masern und Rötthel —, an Keuchhusten 2, an Unterleibstypus 2, an acutem Gelenk- und Rheumatismus —, an Ruhr —, an Brechdurchfall —, an Magen- und Darmcatarrh bei Kindern bis 5 Jahren 7, an anderen acuten Darmerkrankheiten —, an anderen Infectionskrankheiten —, an Krebs 10, an Gehirnschlag 7, an Krämpfen 8, an anderen Krankheiten des Gehirns 7, an Lungen- und Brustkrankheiten 17, an Krankheiten der Athmungsorgane 3, an anderen Krankheiten der Athmungsorgane 7, an Lebensschwäche und Atrophie der Kinder 14, an allen übrigen Krankheiten 25, in Folge von Verunglückung 1, in Folge von Selbstmord 1, Unbekannt 3, Todtschlag —. Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kamen in der Vorwoche Gestorbene überhaupt 19,74, im ersten Lebensjahre Gestorbene 6,16, an Lungen- und Brustkrankheiten 2,38.

**\* Polizeilich gemeldete Infectionskrankheiten.** In der Woche vom 26. Januar bis 1. Februar 1896 wurden 33 Erkrankungsfälle gemeldet und zwar erkrankten an: an Cholera —, Diphtheritis 7, an Unterleibstypus —, an Rückfalltyphus —, an Scharlach 21, an Masern 24, an Ruhr —, an epidem. Genickstarre —, an Wochenbettfieber 1.

**\* Von der Ober.** Wie die „Schles. Zig.“ meldet, ist der Eiswachtendienst für die Bezirke der Wasserbauämter Kalibor, Bries und Breslau sowie für die Stromsirede von Neufalz abwärts eröffnet. Zusammenrückungen des Eises haben stattgefunden: am unteren Ende der Stadt Dppeln und oberhalb wie unterhalb des Brieskower Sees auf der Strecke zwischen Kunig und Frankfurt. Der Strom ist eisfrei auf Breslau bis unterhalb Neufalz. Der Wasserstand ist allgemein recht mäßig.

**\* Stadttheater.** Heute, Sonnabend findet eine Wiederholung von Leoncavallos Oper „Bazzzi“ statt. — Morgen, Sonntag, Nachmittag, gelangt Wills beliebtes Weihnachtsmärchen „Rothkäppchen“ zur Wiederholung. Abends geht Mozarts komische Oper „Die Hochzeit des Figaro“ in Scene.

**\* Vöbe-Theater.** Heute, Sonnabend, finden zum Lustspiels „Die Romantischen“ von Edmond Rostand (deutsch von Ludwig Julda) und des dramatischen Scherzes „Fräulein Wittwe“ von Ludwig Julda statt; morgen, Sonntag, geht als Nachmittags-Vorstellung „Comteffe“ und „Fräulein Wittwe“ erstmalig wiederholt. — Thalial-Theater. Morgen, Sonntag, gelangt K. Kirpkins Schauspiel „Zerstörtes Glück“ zur Aufführung.

**\* Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.** Für die Gruppe G der nächsten Serien sind bereits sämtliche Abonnementsplätze vergeben, für die Gruppe H werden noch 10 bis 2 Uhr abgegeben.

**\* Feuer in der Mittelmühle.** Gestern Mittag gegen 2 Uhr ging der Feuerwehr die Meldung zu, daß in der Mittelmühle von Carl Leipziger an den Mäslern ein Brand ausgebrochen war. In der obersten Stage hatte sich ein Lager warm gelaufen und entzündet, womit eine überaus starke Rauchentwicklung verbunden war. Sofort, als der Brand bemerkt wurde, wurde Wasser auf die brennenden Theile gegossen, bis dann beim Eintreffen der Feuerwehr der Brand durch Angrff mit einem Schlauch von der Gaspritze, der später mit dem Hydranten verbunden wurde, völlig gelöscht wurde. Es wurde eine genaue Untersuchung der vom Brand berührten Holztheile vorgenommen und mit Hilfe des Löschpistols etwa noch vorhandene Feuerstellen zündet.

**\* Grober Unfug.** Eine Schneiderfrau von der Goldenen Judengasse ging gestern Abend mit einem drei gekanteten Diquettes enthaltenden Paket die Mühlenerstraße entlang. Pöbel entriß ihr ein junger Mann das Paket, warf es in den Schmutz und trat mit den Füßen auf ihm herum. Der Dealer konnte noch nicht ermittelt werden.

**\* Unglücksfälle.** In einer Brennerei auf der Mühlenerstraße stürzte ein Brenner mit einer brennenden Lampe

in der Hand eine Treppe hinab und zog sich bei der Explosion der Lampe schwere Verbrennungen an beiden Armen zu. — Auf der Kurgen Gasse wurde ein Maurer von einem Wagen gestreift und so schwer verletzt, daß er in dem Allerheiligenshospital untergebracht werden mußte. Dasselbe fand auch ein Ruffler ärztliche Hilfe, der sich bei einem Sturz eine klaffende Kopfwunde zugezogen hatte. — Ein Arbeiter aus Zweibrück stürzte auf der Straße zu Boden und brach den linken Arm. Er fand im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Aufnahme.

**\* Vorden diebstahl.** Am 6. d. Mts. brang ein Dieb unter Zuhilfenahme eines Nachschlüssels in einen Wohnraum auf der Adlerstraße und eignete sich mehrere Hemden, Manschetten und Taschentücher an.

**\* Pflücker Tod.** Gestern Vormittag brach ein Arbeiter von der Enderstraße in einer Fabrik an der Berliner Chaussee, wo er beschäftigt war, bewußtlos zusammen und verschied in Folge eines Herzschlages.

**\* Aus dem Polizeibericht.** In das Polizeigefängniß wurden am 6. d. M. 47 Personen eingeliefert. — Abhandeln demontirte, eine goldene Damenremontruhre, eine silberne Damenremontruhre, eine goldene Brosche, ein Trauring, gez. M. E., geb. v. E. 1828, ein goldenes Armband in Schlangenform, ein Portemonnaie mit 21 Mt. — Gefunden wurden ein Zwanzigmarkstück, ein Ring, eine goldene Damenuhr, ein Messer.

**Schlesien.**

Mit seinen extrem agrarischen Anschauungen steht der Abgeordnete Graf Strachwitz, wie sich die „Obereschl. Volksztg.“ aus wohlunterrichteten parlamentarischen Kreisen schreiben läßt, in der Centrumsfraction des Abgeordnetenhauses völlig allein. Seine demokratische Rede im Abgeordnetenhause wurde auch von den schlesischen Centrumsabgeordneten durchaus mit Mißfallen aufgenommen. Graf Strachwitz scheint danach mit seinem Ausspruch: „Das Centrum wird agrarisch sein, oder es wird nicht sein“ gründlich festzack gemacht.

Wie conservativer Wahlen gemacht werden, zeigt wieder einmal die Wahl des Abg. Grafen Carmer im Wahlkreis Gubrau-Steinau-Wobslau, die nach dem Antrage der Wahlprüfungscommission des Reichstages für gültig erklärt werden soll. Der Reichstag hatte am 26. Februar vorigen Jahres beschlossen, die Entscheidung auszusprechen und den Reichstagsrat um die Veranlassung von Erhebungen zu einigen Punkten des eingereichten Wahlprotocolls zu ersuchen. Nach Punkt 1 des Protocolls sollten auf Grund einer generellen Anordnung des Landratsamtes in den Orten dieses Bezirkes socialistische Flugblätter und Stimmzettel von den Gemeindevorsteher und Schöffen aus den Häusern der Gemeindeglieder abgeholt worden sein, ohne daß etwa eine gerichtliche Beschlagnahme wegen Verletzung einer Verfassungsvorschrift angeordnet worden oder hätte angeordnet werden können. Namentlich hätten in den Dörfern Ober- und Nieder-Schüttlau die Gemeindevorsteher Baubach und Schütze die Abholung vorgenommen. Aus den Erklärungen des damaligen Landratsamtsverwalters, jetzigen Landrats Dr. v. Ravenstein, der Gemeindevorsteher Schütze und Baubach, des Amtsvorsteher v. Frankenberg, sowie den Befehlen, zunächst dem amtlichen Telegramm des Regierungspräsidenten zu Breslau hat die Commission den ausreichenden Nachweis entnommen, daß in der That eine gerichtliche Beschlagnahme des darin erwähnten socialdemokratischen Flugblattes stattgefunden hat. Sie erachtete demnach das Vorgehen des Gubrauer Landrates das sich auf die Beschlagnahme von öffentlich ausliegenden Flugblättern beschränkte, als den Gesetzen entsprechend. Dagegen hielt sie für thatsächlich auch Flugblätter, welche bereits in Privatbesitz übergegangen waren, von den Besitzern herauszubekommen; sie hält dieses Vorgehen für incorrect. Die Mehrheit der Commission war der Ansicht, daß in dem Verfahren eine unerlaubte Wahlbeeinflussung mit der Wirkung zu erblicken sei, daß dem socialdemokratischen Candidaten Stimmen entzogen worden sein könnten. Mit Rücksicht aber auf die Majorität, welche der gewählte Abgeordnete auf sich vereinigt hat (555 über die absolute Majorität), erschien das Verfahren der Ortsvorsteher ohne Belang für den Ausfall der Wahl, da in den genannten Orten nur 65 bzw. 71 Wähler in den Listen eingetragen sind, von denen für den gewählten Abgeordneten 49 bzw. 37 Stimmen abgegeben worden sind. Betreffs der beiden anderen Protestpunkte, über die Erhebungen angeführt wurden, erachtete die Commission die vorgebrachten Behauptungen nicht als erwiesen.

**Die berühmteste Grube Obereschlens** und eine der allerältesten zugleich, welche Goethe am 4. September 1790 besucht hat, ist am dem Ende ihrer Bestimmung angelangt, sie ist „abgebaut“; leer sind ihre ehemals so reichen Lager an Blei, Eisen und Silber, und darum wird sie demnächst verlassen werden. Es handelt sich um die Friedrichsgrube bei Tarnowitz. Schon im vorigen Jahrhundert war sie in schwinghaftem Betriebe, und als Graf Neben dort die erste Dampfmaschine, die auf dem europäischen Continente in Thätigkeit gesetzt wurde, aufstellen ließ, kamen die Gäste aus den verschiedensten Ländern herbei, um das Wunder zu betrachten. — Nun sind nur noch 50 Arbeiter mit der Hervorbringung der letzten Schätze beschäftigt, während früher die Belegschaft fünf-hundert Mann betrug.

**Glogau, 7. Februar.** Der Antrag auf Ausdehnung des Gemeinewahlrechts ist gestern in der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zur Verhandlung gekommen und wurde abgelehnt. Ueber die Verhandlungen, die einen merkwürdigen Verlauf nahmen, aber doch nicht resultatlos endeten, wird der „Bresl. Zig.“ berichtet: Die Ausdehnung des communalen Wahlrechts auf alle Steuerzahler bezw. auf diejenigen, die ein Jahresinkommen von mehr als 120 Mark haben, war vom Stadt. Justizrat Friedmann in der letzten Stadtverordneten-Sitzung beantragt worden und eine große Zahl von Stadtverordneten hatte den Antrag mitunterzeichnet, so daß seine Annahme durch die Verammlung von vornherein gesichert erschien, wenn auch bei der Zusammenlegung unserer Magistrats als selbstverständlich vorausgesetzt werden mußte, daß dieser dem Antrage nicht zustimmen würde. Die Sache nahm aber eine unerwartete Wendung. Die blaffe Mehrheit war außerdem sehr entrüstet darüber, daß es nach der Ausdehnung des communalen Wahlrechts möglich werden könnte, daß ein Gelehrter oder Hausbesitzer ebenso viel Wahlrecht besäße, wie ein Meister — nichtre auch diejenigen an, die selbst den Antrag unterzeichnet hatten, und nachdem noch der Oberbürgermeister Martinus den ablehnenden Standpunkt des Magistrats damit begründet hatte, daß die Leute, auf die das Wahlrecht ausgedehnt werden sollte, keine Zeit und Lust hätten, zur Wahl zu gehen, weil sie arbeiten müßten — wurde der Antrag Friedmann mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde ein Magistratsantrag angenommen, der die Ausdehnung des Bürgerrechts auf diejenigen zuläßt, die 4 Mark Steuern zahlen, somit zu einem Einkommen von über 600 W. veranlagt sind. Hierdurch wird die Zahl der Wähler um etwa 300 vermehrt.

Daß die Unterzeichner des Antrages Friedmann in Folge der mehr wie dürftigen und hinwälligen Argumente des Herrn Oberbürgermeisters und des Stadtwalters Mißvergnügen gegen sich selbst erwecken, zeigt recht deutlich, mit welchem Eifer sie ihre Sache angefaßt haben. Die Glogauer Arbeiter wagen sich aber auch die Worte ihres theuren Oberbürgermeisters, der mit solchen Gründen gegen die Verletzung eines nachbunden Rechtes an die Armen, feuerabenden Schanden der Vertheilung eigene, recht gut ins Gedächtnis zu rufen und ihm bei Gelegenheit die nöthige Antwort ertheilen.

**Wegung, 7. Februar.** Der flüchtige Rechtsanwalt ...

**Wegung, 6. Februar.** Die Lage der Stein- ...

**Wegung, 6. Februar.** 21 Steiger des Walden- ...

**Wegung, 6. Februar.** Bergmannsloos. Am ...

**Aus den Nachbarprovinzen.**

**Bromberg, 6. Februar.** Polizeibehörde für conser- ...

**Insprajam, 7. Februar.** In der Gaugischen ...

**Vermischtes.**

**Cogar der Zalmud.** die Hauptquelle des jüdischen ...

**Ein königlicher Richter.** Ludwig I. von Bayern hat ...

Wunderland liegt der Wunderloch ...

**Wenn Du zu, lieber Vater,** der mein Leben ...

Da ich in der Welt ...

**Ich! Ja, ha, ha!** Der hat nicht ...

Da ich in der Welt ...

**Da ich nicht gehend?** Als ich nicht mehr ...

**Da ich nicht gehend?** Als ich nicht mehr ...

**Die man öffentliche Meinung macht.** Das ...

**Die man öffentliche Meinung macht.** Das ...

**Die man öffentliche Meinung macht.** Das ...

**Die man öffentliche Meinung macht.** Das ...

**Die man öffentliche Meinung macht.** Das ...

nicht theuer mit seinen literarischen Lumpen! ...

**Ein „wildes“ Land.** Grauen und Gruseln muß alle ...

**Der Bärenantimonium** treibt in Russland wunderbare ...

**Der Bärenantimonium** treibt in Russland wunderbare ...

**Der Bärenantimonium** treibt in Russland wunderbare ...

**Der Bärenantimonium** treibt in Russland wunderbare ...

**Neueste Nachrichten.**

**Berlin, 7. Februar.** In der Budgetcommission ...

**Berlin, 7. Februar.** In der Budgetcommission ...

**Berlin, 7. Februar.** In der Budgetcommission ...

**Berlin, 7. Februar.** In der Budgetcommission ...

**Berlin, 7. Februar.** In der Budgetcommission ...

**Berlin, 7. Februar.** In der Budgetcommission ...

**Berlin, 7. Februar.** In der Budgetcommission ...

**Berlin, 7. Februar.** In der Budgetcommission ...

**Berlin, 7. Februar.** In der Budgetcommission ...

**Berlin, 7. Februar.** In der Budgetcommission ...

**Berlin, 7. Februar.** In der Budgetcommission ...

**Berlin, 7. Februar.** In der Budgetcommission ...

sammlungen einberufen, in denen, wie behauptet wird, ...

**Nürnberg, 7. Februar.** Die Regierung wies die ...

**Wien, 7. Februar.** In dem Gemeinde- und Verfassungs- ...

**Wien, 7. Februar.** In dem Gemeinde- und Verfassungs- ...

**Wien, 7. Februar.** In dem Gemeinde- und Verfassungs- ...

**Wien, 7. Februar.** In dem Gemeinde- und Verfassungs- ...

**Wien, 7. Februar.** In dem Gemeinde- und Verfassungs- ...

**Wien, 7. Februar.** In dem Gemeinde- und Verfassungs- ...

**Wien, 7. Februar.** In dem Gemeinde- und Verfassungs- ...

**Wien, 7. Februar.** In dem Gemeinde- und Verfassungs- ...

**Wien, 7. Februar.** In dem Gemeinde- und Verfassungs- ...

**Wien, 7. Februar.** In dem Gemeinde- und Verfassungs- ...

**Wien, 7. Februar.** In dem Gemeinde- und Verfassungs- ...

**Wien, 7. Februar.** In dem Gemeinde- und Verfassungs- ...

**Wien, 7. Februar.** In dem Gemeinde- und Verfassungs- ...

**Wien, 7. Februar.** In dem Gemeinde- und Verfassungs- ...

**Wien, 7. Februar.** In dem Gemeinde- und Verfassungs- ...

**Wien, 7. Februar.** In dem Gemeinde- und Verfassungs- ...

**Wien, 7. Februar.** In dem Gemeinde- und Verfassungs- ...

**Standesamtliche Nachrichten.**

**Dom 7. Februar.** Photograph Richard Urban, kathol. ...

**Dom 7. Februar.** Photograph Richard Urban, kathol. ...

**Dom 7. Februar.** Photograph Richard Urban, kathol. ...

**Dom 7. Februar.** Photograph Richard Urban, kathol. ...

**Dom 7. Februar.** Photograph Richard Urban, kathol. ...

**Dom 7. Februar.** Photograph Richard Urban, kathol. ...

**Dom 7. Februar.** Photograph Richard Urban, kathol. ...

**Dom 7. Februar.** Photograph Richard Urban, kathol. ...

**Dom 7. Februar.** Photograph Richard Urban, kathol. ...

**Dom 7. Februar.** Photograph Richard Urban, kathol. ...